

Peter Mitterbauer

Dipl.-Ing.;

1973–1992 Vorstand der Miba Gleitlager AG, ab 1975 Vorsitz;

1977–1986 Vorstand der Mitterbauer Holding AG;

1983 Alleinvorstand;

seit 1986 Vorstandsvorsitzender der heutigen Miba AG;

1988–1996 Präsident der öö. Industriellenvereinigung;

1990–1996 Vizepräsident der öö. Wirtschaftskammer;

seit 1996 Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

seit Januar 2001 Vizepräsident des europäischen

Arbeitgeberdachverbandes UNICE (Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe)

Vorsitzender bzw. Mitglied diverser Aufsichtsräte

Bildung und Innovation

1. Die Tagung der Wirtschaftsingenieure war die ideale Gelegenheit, in einer Zeit des dynamischen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft den neuen, hohen Stellenwert von Bildung und Innovation in einer wissensbasierten Gesellschaft darzustellen. Auch die Wirtschaftsingenieure – an der Schnittstelle zwischen Technik und Wirtschaft – haben sich in einer Zeit neu zu positionieren, in der Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wohlstand wie nie zuvor von Ideen, Kreativität und deren Umsetzung in neue Produkte und Verfahren abhängen.

2. Das Innovationsdenken von gestern und heute hat sich in Inhalt, Umfang und den Dimensionen deutlich verändert. Dass es nur zwei Wege gibt, Wertzuwachs zu erzielen – nämlich durch Produktivität und Innovation – hat bereits Peter Drucker, der Großvater der Managementlehre, herausgearbeitet und darauf hingewiesen, dass beide die Anwendung von Bildung und Wissen auf die Arbeit bedeuten. Die OECD-Definition (vergleiche das Oslo-Manual) – „Technologische Produkt- und Pro-

zessinnovation umfassen realisierte, neue Produkte und Prozesse sowie signifikante technologische Verbesserungen von Produkten und Prozessen“ ist richtig, hilfreich und dennoch theoretisch.

Letztlich besteht die „Innovationskette“ heute aus einem compositum mixtum aus Ideen, Kreativität, Talent, Wissen, Qualifikation und den entsprechenden Rahmenbedingungen. Der innovative Geist in einer Gesellschaft, Engagement und Motivation der Mitarbeiter, in den Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Mut, Neues zu wagen, anzugehen und schließlich nicht nur zu wissen, sondern anzuwenden, sind ebenso wichtig wie die Finanzierungsmöglichkeiten, es umzusetzen. Wie sagte schon Johann Wolfgang von Goethe: „Es ist nicht genug zu wissen, man muss es auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun.“ Innovationen sind für die Unternehmen der Rohstoff, mit denen sie sich von der Konkurrenz abheben und wirtschaftliche Erfolge erzielen.

3. Innovation ist heute mehr als – im klassischen Sinne – die Investitionen von Forschung und Entwicklung. F&E sind einer der wichtigsten Schlüsselfaktoren für den wirtschaftlichen Erfolg, Bildung und Qualifikation kommen jedoch ebenso dazu wie eine adäquate Infrastruktur und besonders die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Jene Zukunftsbereiche, in denen wir autonom sind und als kleines Land in einem zusammenwachsenden Europa alle Chancen und Möglichkeiten haben, uns europäisch und international besser zu positionieren. In der Wirtschaftspolitik werden uns an die 70% der gesetzlichen Bestimmungen von der EU vorgegeben, auch wenn wir diese gemeinsam bearbeiten und beschließen.

Doch nur die Vernetzung dieser Politikbereiche führt letztlich zum Erfolg. Gerade in letzter Zeit waren für umfangreiche Investitionen in der Biotechnologie – Firmen Baxter und Boehringer Ingelheim stehen hier nur als Bei-

spiel – die qualifikatorischen Rahmenbedingungen neben wichtigen Incentives entscheidend. Es reicht einfach nicht mehr, die entsprechenden Investitionen zu tätigen, wenn für die Umsetzung der Ideen nicht die entsprechenden Bildungsangebote, im konkreten Fall etwa ein Angebot spezieller Fachhochschulstudien in der Biotechnologie, vorhanden sind.

4. Die europäische Union hat mit ihrem EU-Gipfel in Lissabon im März 2000 einen strategischen Meilenstein gesetzt. Das strategische, ja visionäre Vorhaben der EU, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, führte zu einer nachhaltigen Aufbruchstimmung in Europa. Um ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen, einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen, bedarf es eines nachhaltigen Bekenntnisses, mehr in die Zukunft zu investieren. Und es geht auch um eine gesamteuropäische Anstrengung, den deutlichen Rückstand in der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan und den USA aufzuholen: Die EU investiert mit 1,9% des BIP deutlich weniger in F&E als die USA (2,6%) und Japan mit 3%. So forderte der EU-Rat unter anderem die Ausarbeitung eines ambitionierten Programms für den Aufbau von Wissensstrukturen, die Förderung von Innovation und auch die Modernisierung der Bildungssysteme.

Zum ersten Mal versucht man auch auf europäischer Ebene, die Politikbereiche Innovation, Forschung und Bildung zu koordinieren, um letztlich – langfristig – nicht nur einen gemeinsamen europäischen Forschungsraum (der mit dem 6. Rahmenprogramm für Forschung und Technologieentwicklung angestrebt wird), sondern auch einen europäischen Bildungsraum zu gestalten. Die Zwischenbilanz beim Gipfel in Barcelona vor wenigen Monaten war eindeutig positiv, der Reformprozess erhielt neuen Schwung, wenn es auch besonderer Anstrengung bedarf,

die Gesamthöhe in F&E bis 2010 auf 3% BIP anzuheben.

Die österreichische Bundesregierung hat bisher – wie keine zuvor – Maßnahmen für eine Verbesserung der Innovationsleistungen in Österreich gesetzt. Dennoch besteht die Gefahr, dass diese Initiativen gegen Ende der Legislaturperiode an Wirkung verlieren. Das Regierungsprogramm enthält klare Ziele, die es umzusetzen gilt. Bis zum Jahr 2005 soll eine F&E-Quote von 2,5% des BIP erreicht werden. Angesichts der wenn auch vorübergehenden wirtschaftlichen Schwächephase und dem wichtigen Ziel eines Nulldefizits ein nur schwer realisierbares Unterfangen.

Erstmals wurde auch in Österreich – wie in anderen europäischen Ländern – ein Rat für Forschung und Technologieentwicklung als strategisches Beratungsorgan der Bundesregierung eingerichtet. Eine wichtige Entscheidung, um ressortübergreifend und in Abstimmung mit den europäischen Programmen die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Das erste strategische Programm für die österreichische F&E-Politik „Forschung Austria 2,5%+ plus“ war auch die Grundlage, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel von 7 Mrd. Schilling (ca. 508 Mio. Euro) für Projekte einzusetzen. Im Rahmen von Reformdialogen wurde mit den Innovationsplayern in Österreich – Wissenschaft, Forschung, den Universitäten und außeruniversitären Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und den Unternehmen – ein „Bündnis für Innovation“ vereinbart, und bisher wurden Teilprogramme realisiert.

Steuerliche Incentives für die Unternehmen – wie Steuerfreibeträge für Forschung und Entwicklung und auch für Bildungsinvestitionen – waren weitere wichtige Impulse für die Wirtschaft. So gelang es die Relationen zwi-

schen Investitionen von Wirtschaft und öffentlicher Hand umzudrehen: Heute tragen Unternehmen rund 60% der gesamten Investitionen in F&E bei, wenn man die ausländischen Investitionen in österreichische Unternehmen mitberücksichtigt, und 40% die öffentliche Hand. Und dennoch sind wir an einem kritischen Wendepunkt angelangt: Die Positionierung Österreichs im europäischen Vergleich lässt viele Wünsche offen.

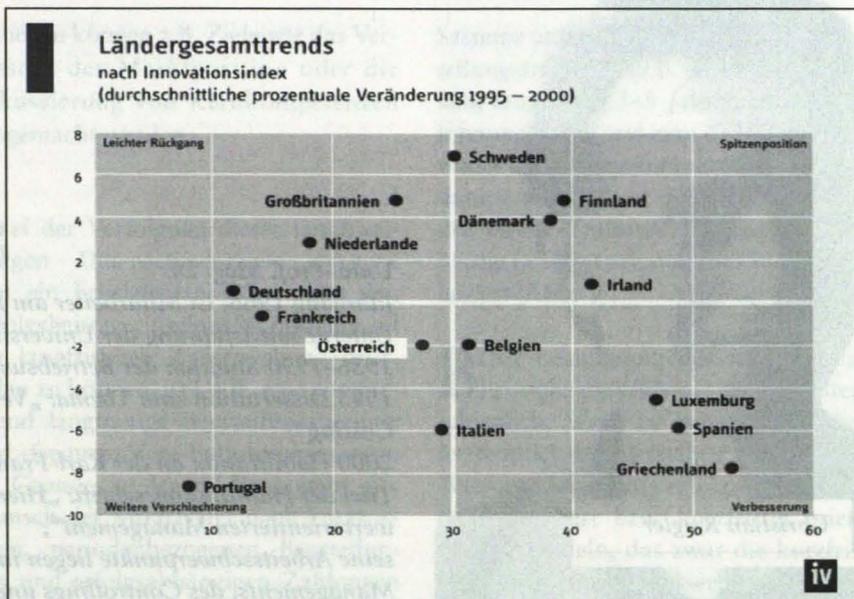
6. Österreich liegt zwar auf Platz 5 der wohlhabenden EU-Länder, was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft, als Innovationsstandort jedoch nur auf Platz 9, im zweiten Drittel Europas. Der Europäische Innovationsanzeiger (European Innovation Scoreboard), von der EU als Benchmarking-Instrument erarbeitet und eingesetzt, auch als Rute im Fenster für die europäischen Mitgliedsländer, ihre Anstrengungen zu verstärken, vergleicht anhand von 17 Indikatoren die Innovationskraft der einzelnen Länder und positioniert Österreich am wenig schmeichelhaften 9. Platz, also unter dem EU-Durchschnitt. Da auch der Trend der Innovationskraft in den letzten Jahren die österreichische Entwicklung nur unterdurchschnittlich ausweist, steht uns die echte Nachholarbeit erst bevor (Abb. 1).

7. Strategien zum Erfolg:

Nur mit einem „Strategiemix“, der in den wichtigen Strategiefeldern die richtigen Entscheidungen trifft, wird es gelingen, Österreich in der Spitze der europäischen Länder neu zu positionieren. Im Programm „Innovation braucht Strategie“ haben wir als IV unsere Vorstellungen zusammengefasst.

- Die Politik ist gefordert – und dies ist keine Frage der parteipolitischen Ausrichtung – der Zukunftspolitik, den Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung höchste Priorität einzuräumen bei gleichzeitigem Bemühen, die Ressourcen effizient und wirksam einzusetzen.

Abb. 1: Die Grafik zeigt sowohl das Ranking – Schweden ist Europameister – wie auch die insgesamt positive Verbesserung des Standortes im Trend



- Die Universitätsreform – als wichtiger Eckpfeiler einer neuen Wissensgesellschaft – muss gelingen, damit unsere Universitäten als „autonome Einrichtungen“ zur Spitze Europas aufschließen können. Modernes Management, strategische Orientierung mit Verantwortung für die Ergebnisse aufgrund von Leistungsvereinbarungen sind dafür ebenso wichtig wie die Autonomie in Finanz- und Personalfragen und Globalbudgets über mehrere Jahre. Damit sollten die Universitäten – nach einer sicher nicht einfachen Übergangszeit – wieder jene Innovationskraft entwickeln können, die man von den Top-Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen eines Landes erwartet. Wir – die Industrie – glauben, dass der eingeschlagene Reformweg trotz vielfacher und manchmal verständlicher Kritik in die richtige Richtung geht und dass den Universitäten wieder jene Möglichkeiten geboten werden, international an die Spitze Europas aufzurücken.
- Wie so oft, spielt die Finanzierung eine wichtige Rolle. Insgesamt wird mehr in Bildung und Innovation investiert werden müssen. Wir Unternehmer brauchen verlässliche Rahmenbedingungen bei der Finanzierung von Forschung und Entwicklung und Anerkennung unserer Ausbildungsleistun-

gen. Die Finanzierung der Kompetenzzentren, der Christian-Doppler-Labors oder von Projekten durch den Forschungsförderungsfonds spielen für das Vertrauen in die Politik eine wichtige Rolle.

- In der Bildungspolitik wird ein Hauptaugenmerk auf die Weiterbildung gelenkt werden müssen. Wenn Wissen immer schneller veraltet, wird lebensbegleitendes Lernen für alle zur selbstverständlichen Verpflichtung. Die Unternehmen, wie auch jeder Einzelne werden mehr in Weiterbildung investieren müssen. Im eigenen Unternehmen der MIBA AG erfolgt dies u.a. über die MIBA-Akademie. Aber auch der Staat muss Weiterbildung zur bildungspolitischen Priorität erklären.
- Neben einer Verbesserung der Public Awareness, also einem besseren Verständnis für den Stellenwert von Innovationen, für Wohlstand und Beschäftigung, einem Klima, in dem exzellente Forschungseinrichtungen und Unternehmen tätig sein können, ist der wohl unbestritten wichtigste Faktor das Humanpotential. Die Zukunft gehört jenen Ländern, die über die besten Köpfe für Innovation verfügen, die im Bildungswesen Kreativität fördern, Neugierde zulassen und den Mut unterstützen, Neues auszuprobieren,

die die besten Möglichkeiten zur Entfaltung und Förderung von Wissenschaft und Forschung bieten und dafür die notwendigen Strukturen und Mittel zur Verfügung stellen. Hier ist noch viel zu tun, denn wollen wir das geplante Ziel der 2,5% des BIP in F&E investieren, fehlen uns – aus heutiger Sicht – tausende Wissenschaftler, Forscher und Experten in Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Wie ist es nun möglich, mehr in Bildung und Innovation zu investieren und gleichzeitig zu sparen und ein motivierendes Klima für Innovation und Zukunft zu fördern?

Nachhaltigkeit im Denken und Handeln ist nicht nur ein Schlagwort, sondern wird zunehmend zur Grundlage einer langfristigen Politik. Vorher jedoch müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Das Strategiedreieck der IV ist die Antwort eines Wirtschaftsverbandes: Staat modernisieren, Unternehmer und Bürger entlasten und in die Zukunft investieren. An der Schnittstelle dieser Aufgaben werden Persönlichkeiten und Experten dringend gebraucht, die sich – wie die Wirtschaftsingenieure – in mehreren Welten auskennen und behaupten können.